

„Was alle brauchen ...“

Eine kostenlose Energiegrundsicherung ist notwendig und finanzierbar

Die KPÖ führt seit etwa 2006 den Diskurs über nichtmonetäre, bedingungslose Zugänge zur Existenz- und Teilhabesicherung. Ein Teilschritt, der für die Menschen sofort spürbare Erleichterung brächte und realisierbar wäre, ist die EGS.

Unser Konzept geht von wachsender Energiearmut als Teil von Armut schlechthin aus. Bei den Bereichen Ernährung, Wohnen und Energie wird die Ungleichverteilung der Vermögen deutlich sichtbar: In den unteren Einkommensbereichen bleibt kein oder nur sehr wenig Spielraum für anderes, als die Deckung der unmittelbaren Lebenshaltungskosten.

Entgegen den Einkommen der Haushalte stiegen die Kosten für die Energieversorgung in den vergangenen Jahren in schwindelnde Höhen. Menschen die ohne Licht und Wärme leben müssen, sind eine zunehmende Realität selbst in den Zentren des reichen Österreich.

Offizielle Zahlen gibt es zu den sogenannten „Leistungsunterbrechungen“ keine. Spärliche Einzelberichte nennen folgende Zahlen: Laut ORF waren etwa in Wien im November 2007 2.000 Haushalte ohne Gas- und Strombezug. Für Linz ließ sich aus den Zahlenspielerien eines leitenden Managers herausrechnen, dass im Dezember 2012 3.100 Menschen ohne Gas-, Strom- oder Fernwärme leben mussten.

Dazu kommen Haushalte, die sich mit Ratenzahlungen an die Energieversorger herumschlagen und steigende Energiepreise, die in den vergangenen, sehr kalten Wintermonaten umso schwerer wiegen. Zusätzlich drohen laut VOEST-Chef künftig höhere Strompreise.

Wir haben die Forderung sehr grundsätzlich ausgearbeitet und eine Studie über deren Machbarkeit erstellen lassen, die DDr Josef Baum ausgearbeitet hat.

Was ist die EGS?

* Die Grundidee der Energiegrundsicherung ist, dass **alle** Haushalte ein fix definiertes Kontingent an Strom und Wärme **kostenlos** erhalten. Als Ausgangspunkt für diesen Grundbezug gilt der durchschnittliche Verbrauch eines Zweipersonen-Haushalts, den die Arbeiterkammer Wien bei einer Wohnfläche von 60 Quadratmetern mit 2.200 kWh Strom und 800 Kubikmeter Gas bemisst. Eine Konkretisierung bzw. Anpassung in Bezug auf die teilweise sehr differenzierten Wohnverhältnisse ist notwendig. Zusätzlich ein Äquivalent für andere Brennstoffe festzulegen.

* Der ökologische Ansatz der Energiegrundsicherung ist, die Verschwendung die im bestehenden System grundgelegt ist zu beenden und Sparanreize zu schaffen.

Das gilt etwa für die Grundgebühren, die für Haushalte mit geringem Verbrauch und kleinem Einkommen eine überproportionale Belastung darstellen und verschwenderischen Energieverbrauch begünstigen. Ein Aspekt der Energiegrundsicherung ist daher, dass die Preisgestaltung des über das Gratiskontingent hinausgehenden Verbrauchs progressiv erfolgt, um damit übermäßigen Energieverbrauch zu reduzieren.

Gleichzeitig soll Weniger-Verbrauch finanziell belohnt werden um zusätzliche Sparanreize zu geben. Wobei sinnvoller Weise ein Mindestsockel an Bezug nicht unterschritten werden sollte, um in von Armut betroffenen Haushalten nicht erst wieder Kälte und Dunkelheit zu bewirken. Wie der Festzumachen wäre, kann mit Armuts-Netzwerken erarbeitet werden.

* Die Finanzierung der Energiegrundsicherung kann aus dem System selbst erfolgen, indem das Grundkontingent aus den Gewinnen der Versorgungsunternehmen sowie aus dem höheren Tarif für den Mehrverbrauch erfolgt. Also allein durch Umschichtungen im Energiesektor:

> durch die **teilweise Abschöpfung der Gewinne der Energieunternehmen**

>> über Sondersteuern

>> über die zusätzlichen Einnahmen aus der Steuer, resultierend aus der Heizölpreisentwicklung
>> über die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für die Strom- und Gaswirtschaft

> und den **Einnahmen aus dem Mehrverbrauch nach dem Gratisbezug.**

Konkrete Zahlen, wie sich die Finanzierung in Österreich ausgeben würde, in der schriftlichen Unterlage im Anhang.

Die EGS, eine realisierbare Forderung

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für das Konzept ist, dass die Energieversorger mehrheitlich Eigentum der öffentlichen Hand (Bund bzw. Länder) sind und damit eine Energiegrundsicherung politisch sofort gestaltbar ist. Eine Abschöpfung der teilweise enormen Gewinne zugunsten einer solchen Maßnahme ist tatsächlich möglich.

Laut Verfassungsbestimmung ist eine öffentliche Mehrheit in der E-Wirtschaft von Bund und Ländern vorgeschrieben, de facto sind aber die meisten Versorgungsunternehmen bereits durch Börsengänge oder Beteiligungen bis zu 49 Prozent teilprivatisiert, eine Rückführung in öffentliches Eigentum also notwendig. Selbst die OMV ist noch zu knapp einem Drittel im Eigentum des Staates. Gleichzeitig ist von einer weiteren Liberalisierung oder gar Privatisierung des Energiesektors auch aus dieser Sicht abzusehen.

Denn die Versorgung mit Energie ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Gesundheit, Kultur, ...

Es geht uns um die sichere Bereitstellung von Wärme und Licht

Die KPÖ meint mit "sichere Bereitstellung von Wärme, Licht - Energie", Sicherheit in mehrerlei Hinsicht:

> Erstens muss der Bezug garantiert sein

> aber es geht uns nicht vordergründig um eine bestimmte Menge an Energie, sondern um eine effiziente Dienstleistung - wie eben bereitgestellte Wärme.

-- Das zielt auf ein Energiesystem das durch einen geringen notwendigen Mengenverbrauch umwelt- und klimaverträglich ist

-- das möglichst auf regionale Energiepotentiale ausgerichtet ist, auf diese Art auch Arbeitsplätze schafft und Mitsprachemöglichkeit und demokratiepolitischen Spielraum eröffnet

> es geht uns weiters um Versorgungssicherheit ohne Gefahr: Weder durch die Nutzung von AKWs, noch dass zur Erhaltung der Lieferungen militärische Gewalt eingesetzt werden muss oder Menschen in anderen Kontinenten ausgebeutet bzw. enteignet werden oder ihre Lebensgrundlage zerstört wird, noch dass die Preise den Launen der Spekulanten auf den Finanzmärkten ausgeliefert sind.

Ist Gratisbezug eine zu „krasse“ Forderungen in Zeiten des allgemeinen Sparsens?

Der Neoliberalismus nimmt den Menschen täglich Sicherheiten – kein Bereich sozialer Versorgung bleibt ausgeklammert wenn es ums streichen und kürzen geht. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Energiekonzerne weiter an! Noch einmal die OMV: der Betriebserfolg ist 2011 um weiter 12 Prozent oder 912 Mio Euro **gestiegen**: „Höhere Ölpreise und der sehr kalte mitteleuropäische Winter seien die Hauptursachen für das gute Ergebnis“ (*orf 1*). Oder: Nach dem Gewinn-Einbruch durch den niedrigen Ölpreis 2016 steigt der Periodengewinn im 1. Quartal 2017 wieder von 174 auf 502

Millionen Euro (*Wiener Zeitung* 2)). Das Ungleichgewicht der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums ist selten so schön darzustellen.

Denn: Mit welchen Geldern wurden denn die Betriebsanlagen und Leitungen der Energieversorger gebaut, wem gehört denn Öl, Gas, Wasser – die Sonne?

Wir geben in dieser Zeit mit unserer Forderung den Anstoß, nicht mehr nur (rückwärts) zu verteidigen, sondern uns ein Stück Sicherheit zurückzuholen. Aus der Überzeugung heraus, dass wir selbstbewußter auftreten müssen: Wenn wir immer nur das unbedingt nötigste fordern bekommen wir selbst das nicht!

Breite Bündnismöglichkeiten:

Das Thema Energiearmut wurde in den letzten Jahren verstärkt von verschiedenen Institutionen aufgegriffen, angefangen vom Armutsnetzwerk über die Arbeiterkammer bis zum SPÖ-Landtagsklub OÖ. Dabei gibt es auch Ansätze und Vorschläge, die in Richtung einer Energiegrundsicherung gehen, womit sich vielfältige Bündnismöglichkeiten ergeben um das Konzept einer Energiegrundsicherung voranzutreiben.

Christiane Maringer, Mai 2017
maringer@kpoe.at
www.energiegrundsicherung.at

1) *OMV übertrifft Erwartungen*, <http://wien.orf.at/news/stories/2532241/>

2) *OMV-Gewinn sprudelt wieder*,

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/891474_OMV-Gewinn-sprudelt-wieder.html

Anhang:

Finanzierung in Österreich:

Die Umverteilungserfordernisse für das Grundkontingent an Gas und Strom gerechnet mit den Preisen August 2008 wären wie folgt anzusetzen:

1,3 Mrd Euro für Strom

0,7 Mrd Euro für Gas

1,4 Mrd Euro für andere Energieträger – umgerechnet nach Gas-Äquivalenten
in Summer 3,4 Mrd Euro

Was in der Größenordnung cirka dem Budget des Österreichische Bundesheer entspricht.

> Allein der ausgewiesene Gewinn der OMV betrug 2007 2,4 Mrd Euro – davon wurden 569 Mio Euro Steuern bezahlt – Gewinntendenz steigend: 2008 ist bereits im ersten Halbjahr ein Gewinn von 1,8 Mrd angefallen.

Eine deutlich stärkere Besteuerung ist möglich und sinnvoll: eine Sonderprofitabschöpfung von 40 Prozent für die Ölwirtschaft hätte für 2008 0,72 Mrd Euro von der OMV gebracht und ca eine weitere viertel Mrd von den anderen Ölgesellschaften. In Summe eine Milliarde.

> Die Bruttowertschöpfung der Unternehmen in der Strom- und Gaswirtschaft betrug 2005 4,545 Milliarden Euro, wird davon sachgemäß der Personalaufwand von 2,038 abgezogen, zeigt sich die Kenngröße für den Bruttogewinn von 2,5 Mrd Euro. Für die Erdölwirtschaft wird diese Zahl so nicht ausgewiesen, sie dürfte aber etwa das Doppelte betragen. Eine Wertschöpfungsabgabe von 40 Prozent für die Strom- und Gaswirtschaft würde also eine weitere Milliarde bringen.

> Weitere 500 Mio Euro können aus den steigenden Steuereinnahmen beim Bund für die Preissteigerungen bei Heizöl lukriert werden.
Der Rest des Bedarfs finanziert sich aus den Einnahmen über den Mehrverbrauch nach dem Gratisbezug.